

**Rede des Landtagspräsidenten Erich Iltgen
anlässlich der Feierstunde „20 Jahre Friedliche Revolution“
„Dresden als Zentrum der Friedlichen Revolution“ am 13. August 2009**

Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,
meine Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete
des Sächsischen Landtags,
verehrte Gäste!

Ich möchte mich recht herzlich für Ihre freundliche Einladung bedanken und habe es sehr gern übernommen, aus Anlass des 20. Jubiläums der Friedlichen Revolution einige Worte an Sie richten zu dürfen.

Es ist das zweite Mal, dass ich in diesem Raum zu Ihnen sprechen darf. Vor nunmehr sechs Jahren hatte ich die große Ehre, die Laudatio auf den Ehrenbürger dieser Stadt, Herrn Superintendent Christof Ziemer, zu halten, dessen Persönlichkeit mit der Friedlichen Revolution untrennbar verbunden ist.

Sachsen ist *das Land* der Friedlichen Revolution. Von Sachsen ist sie ausgegangen. Leipzig, Dresden und Plauen stehen symbolhaft und beispielgebend für ganz Sachsen, wo die Forderungen der Demonstranten nach Freiheit und Demokratie zuerst auf die Straßen und Plätze hinausgetragen worden sind.

In dem Buch von Dr. Michael Richter „Die Friedliche Revolution in Sachsen 1989/90“ wird dieser Zeitabschnitt eindrucksvoll beschrieben und die Tatsache verdeutlicht, dass Sachsen zu Recht das Land der Friedlichen Revolution genannt wird. Es lohnt sich, das Buch zu lesen und sich daran zu erinnern, dass der Herbst `89 tatsächlich ein Aufbruch gewesen ist. Ganz in diesem Sinne leistet die Landeshauptstadt mit der heutigen Veranstaltung ihren eigenständigen Beitrag zum Gedenken an die Friedliche Revolution.

Dieser Leitgedanke gibt mir daher an einem der zentralen Schauplätze unserer Geschichte die Gelegenheit, die Stadt Dresden in den Mittelpunkt der Ereignisse des Jahres 1989 zu stellen und sie als Zentrum der Friedlichen Revolution zu würdigen.

Und ich freue mich ganz besonders darüber, den Mut und den Geist, womit die Bürger dieser Stadt die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aus eigener Kraft heraus zu ändern vermochten, gemeinsam mit Ihnen in Erinnerung zu rufen.

Wir können heute mit Stolz auf eine ganze Reihe von Kirchen, öffentlichen Gebäuden, Straßenzügen und Plätzen verweisen, die im Stadtbild untrennbar mit dem Aufbruch zur Demokratie vor 20 Jahren verbunden sind.

Allein auf der Altstädter Elbseite haben die Kreuzkirche, die Prager Straße, die Cockerwiese, das Rathaus oder der Theaterplatz für viele Dresdner eine zusätzliche Bedeutung gewonnen, weil sie hier über ihre eigene Geschichte entschieden haben.

Und so lade ich Sie dazu ein, einige Stationen des Dresdner Aufbruchs zur Demokratie nachzuvollziehen.

Es ist ein Weg der Erinnerung, der uns von den mutigen Aktivitäten der Dresdner Bürgerbewegung der 80er-Jahre über die Entscheidungstage vom Oktober 1989 bis hin zur Arbeit der Gruppe der 20 und des Runden Tisches des Bezirkes Dresden führt.

Dabei wird jeder von Ihnen, der die Wochen der Friedlichen Revolution und deren Vorgeschichte persönlich und aktiv miterlebt hat, mit mir gemeinsam davon ausgehen können, dass unsere Heimatstadt zu DDR-Zeiten alles andere als das oft zitierte „Tal der Ahnungslosen“ gewesen ist.

Das war Dresden zu keinem Zeitpunkt seiner bewegten Geschichte. Auch damals nicht und ist es heute erst recht nicht. Im Gegenteil.

Der Dresdner Schriftsteller Manfred Streubel hat das Dresden des real existierenden Sozialismus einmal treffend als „knisternde Idylle“ bezeichnet.

Und in der Tat entwickelte sich die Kunst- und Kulturstadt Dresden in den 80er-Jahren immer mehr zum Konzentrationspunkt einer geistigen Widerstandsfront.

Ein besonderes Kapitel in der Geschichte der geistigen Selbstbefreiung hat das Dresdner Staatsschauspiel mit seinen Inszenierungen geschrieben, die damals von Jahr zu Jahr zunehmend an Brisanz gewonnen haben.

Diese Inszenierungen boten Stoff zur Auseinandersetzung mit der Situation, in der sich die Gesellschaft befunden hat, und öffneten vor allem die intellektuelle Diskussion für Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen.

Die Dresdner, von diesem Theater über Jahre hin geprägt, wunderten sich dann auch nicht, als die Schauspieler im Oktober 1989 Abend für Abend „aus ihren Rollen heraustraten“ und sich mit politischen Forderungen an die Spitze der aufkeimenden revolutionären Bewegung gestellt haben.

Dasselbe kann von einigen Aktivisten der Friedensbewegung gesagt werden, die von der Staatsmacht in jeder Form als „feindlich-subversiv“ eingeschätzt wurde und innerhalb der DDR-Opposition ja tatsächlich eine prägende Rolle gespielt hat.

Neben regimekritisch eingestellten Künstlerkreisen und der Friedensbewegung entstanden überall im Land Menschenrechts-Gruppen, die das Rosa-Luxemburg-Wort von der „Freiheit der Andersdenkenden“ auch öffentlich zur Forderung erhoben.

Und nicht zuletzt entwickelte sich eine Ökologie-Bewegung, die besonders in Dresden sehr stark vertreten gewesen ist. Ich erinnere nur an die Proteste im Zusammenhang mit dem Bau des Reinstsiliziumwerkes in Coschütz.

Hier hatten sich die Gruppen, die sich in und um Dresden mit der zunehmenden Umweltzerstörung auseinandersetzten, bereits am Weltumwelttag 1980 zum Ökologischen Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke zusammengeschlossen.

Auf diesem Wege entstand auch in Dresden eine Umweltbibliothek als Informations- und Kommunikationszentrum der Opposition.

Für die weitere Entwicklung war es von entscheidender Bedeutung, dass sowohl die Friedens-, als auch die Umweltbewegung christlich orientiert waren und zu weiten Teilen von der Kirche getragen worden sind.

Dafür wurde die Ruine der Frauenkirche zu einem weithin sichtbaren Symbol.

Angesichts des Glanzes und der neuen Widmung der wiedererrichteten Frauenkirche hoffe ich, dass die Erinnerung daran nicht verloren geht, dass die Stadt und ihre Bürger an dieser Stelle durch das politische Wirken von Christen und Nichtchristen am deutlichsten berührt worden sind.

Am 13. Februar bildete die Ruine der Frauenkirche jedes Jahr den Hintergrund für das kollektive Gedenken der Dresdner an die Zerstörung der Stadt, wobei eine gemeinsame Identität alle weltanschaulichen Grenzen überwunden hat.

Dieser Tag bildete zudem neue Gestaltungsformen und Rituale aus. Sie reichten von gemeinsamen Wegen durch die Stadt von einer Kirche zu anderen, die als erste Demonstrationen lange vor dem Herbst 1989 zu bewerten sind, bis hin zum spontanen Anzünden von Kerzen zu Füßen der Ruine der Frauenkirche.

In den Jahren 1988/89 war es dann die Ökumenische Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in deren Arbeitspapieren grundlegende Reformforderungen zum Ausdruck gebracht worden sind, die am 30. April 1989 in der Kreuzkirche beschlossen wurden. Die Überschriften zu den 12 Ergebnistexten lauteten:

- (1) Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung/
Theologische Grundlegung
- (2) Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit/
Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern
- (3) Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartung

- (4) Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung
- (5) Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung
- (6) Aspekte der Friedenssicherung
- (7) Kirche des Friedens werden
- (8) Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung
- (9) Den Menschen dienen – das Leben bewahren
- (10) Ökologie und Ökonomie
- (11) Energie für die Zukunft
- (12) Der Wert von Information für Umweltbewusstsein und -engagement

Die Ökumenische Versammlung wurde zu Recht als die erste große innerkirchliche Volksaussprache bezeichnet, die sich mit Zukunftsfragen beschäftigte, die zweifelsfrei an den Staat gerichtet waren. In der im Jahre 1992 beschlossenen 4. Sächsischen Verfassung wird auf dieses Ereignis in der Präambel direkt Bezug genommen. Viele Anregungen sind in der Verfassung aufgenommen worden.

Und sie hat auch aus meiner Sicht ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Demokratiebewegung in Dresden ihre Struktur, ihre geistige Macht und ihre Aktionsbreite gewinnen konnte, mit der sie seit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 immer stärker zum Tragen gekommen ist. Sie war der Beginn des Mutes, sich in Verantwortung für die Menschen in der DDR öffentlich zu Wort zu melden.

Ich habe das Datum dieser letzten Kommunalwahl in der ehemaligen DDR bewusst ganz besonders hervorgehoben, weil es innerhalb des Jahres 1989 eine entscheidende Zäsur auf dem Wege zu den revolutionären Ereignissen gebildet hat.

Einerseits sind die massiven Wahlfälschungen von Wahlbeobachtern aus den Kreisen der Bürgerrechtsbewegung festgestellt, offengelegt und nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand, sondern vielmehr auch öffentlich diskutiert und kritisiert worden.

Sie haben kritische DDR-Bürger in einem vorher nicht gekannten Ausmaß mobilisiert.

Andererseits kehrten immer mehr Menschen dem Land den Rücken und schlossen sich dem wachsenden Strom von Flüchtlingen an, der über die bundesdeutschen Botschaften vor allem in Prag und in Warschau führte.

Nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze ist dieser Flüchtlingsstrom dann nicht mehr zum Stillstand gekommen.

Es war eine Zeit der Entscheidung.

Doch wie sich der Einzelne damals auch immer entschieden haben mag – für Widerstand in den Grenzen des Möglichen oder für die Flucht ins Ungewisse:

Für jede und jeden von ihnen war der im Frühjahr und Sommer 1989 gewählte und eingeschlagene Weg ein Ausbruch aus dem Machtbereich eines vormundschaftlichen, totalitären Staates.

Es war die Entscheidung, nicht länger oder nicht weiter wie bisher im „Alltag einer Diktatur“ leben zu müssen, die sich die „Herrschaftsform des Arbeiter- und Bauerstaates“ nannte.

Im September 1989 waren dem Ministerium für Staatssicherheit in der DDR rund 150 Oppositionsgruppen, 20 überregionale Gruppierungen und Netzwerke sowie etwa 800 sogenannte „Organisatoren“ und „Inspiratoren“ bekannt.

Die Bürgerbewegung in Dresden hatte einen ganz erheblichen Anteil daran.

Und die Stadt Dresden war dann auch der Ort, wo die Ausreisewilligen – spontan und über Nacht – zum offenen Ungehorsam gegenüber dem SED-Staat auftraten.

Als die DDR-Führung die Grenzen schließen und die Züge mit den Flüchtlingen aus der Prager Botschaft durch die DDR in die Bundesrepublik fahren ließ, strömten Ausreisewillige aus der ganzen DDR insbesondere in Dresden zusammen.

Am 4. Oktober 1989 waren daher abends mehr als 10.000 Menschen um den Dresdner Hauptbahnhof versammelt, die diese Züge erreichen oder sie zumindest erwarten wollten.

Es kam zur Eskalation von Gewalt zwischen Demonstranten und Polizei.

Fahrzeuge wurden in Brand gesetzt.

Seitens der Sicherheitskräfte wurden Schlagstöcke und Wasserwerfer zum Einsatz gebracht.

Die Volkspolizei verbarrikadierte sich im Hauptbahnhof.

In den frühen Morgenstunden des 5. Oktober passierten die Züge mit Flüchtlingen aus Prag den Hauptbahnhof auf einem Nebengleis.

Die Eskalationen am Hauptbahnhof wirkten als Initialzündung für die Opposition.

Und der Konflikt, der inzwischen nicht mehr nur die Ausreisewilligen betraf, hat sich vom Dresdner Hauptbahnhof auf die Prager Straße und ihre Umgebung verlagert.

Am 7. Oktober wurde in Berlin der 40. Jahrestag der Gründung der DDR gefeiert.

Gleichzeitig wurden in Dresden rund 30.000 Demonstranten durch das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte auseinandergetrieben.

Der Dresdner Aufbruch war – wie derartige Zahlen auf eindrucksvolle Weise belegen – unwiderruflich und unaufhaltsam in Bewegung gekommen.

Und hier in Dresden hat die Friedliche Revolution mit dem Prinzip „Keine Gewalt“ als Angebot und als Forderung gleichermaßen auch ihren ersten und folgenreichsten Sieg errungen.

Hier wurde trotz der Übergriffe der Sicherheitskräfte, trotz der Massenfestnahmen in den Tagen zuvor der entscheidende Durchbruch zu einem Dialog zwischen den Vertretern des Staates und der protestierenden Bürger erreicht.

Am 8. Oktober 1989, einem Sonntag, demonstrierten die Dresdner praktisch den ganzen Nachmittag über.

In einem Situationsbericht heißt es dazu:

„Am Sonntag kam es gegen 20:30 Uhr zu einer Sitzblockade auf der Prager Straße...

Wir wurden von Polizeieinheiten umstellt.

Es erklangen Sprechchöre: „Keine Gewalt, keine Gewalt!“ und „Bruder, schlag mich nicht!“

Auch hier, so meine ich, ist ein Verweis auf die Dokumente der Ökumenischen Versammlung angebracht. Denn darin lesen wir: Unsere Arbeit mündet in drei wichtigen Einsichten, die uns binden und verpflichten. Eine davon lautet: Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen.

Weiter im Situationsbericht: Zwei Personen von uns standen auf und gingen zum Einsatzleiter der Polizei.

Ein Sicherheitsbeamter ließ uns die Frage übermitteln, was unser Anliegen sei.

Spontan wurde eine Gruppe von ca. 20 Personen gebildet, die das Mandat der Demonstranten erhielten, ihre Interessen zu vertreten.

Durch Verhandlungen mit staatlichen Stellen kam es zu einem Treffen beim OB der Stadt Dresden...

Dadurch gelang es uns, die Demonstration friedlich zu beenden.

Ein positives Zeichen während der Verhandlungen auf der Prager Straße war z. B., dass die Polizei die Schilder ablegte, wir ruhig und diszipliniert sitzen blieben und die Hunde zurückgezogen wurden.

Somit war ein reibungsloser Abzug unsererseits möglich.

Die Gespräche mit dem OB werden regelmäßig fortgesetzt...

Wir bitten euch um Gewaltfreiheit bei Euren Aktionen und die Initiative zum Dialog.“

Soweit Auszüge aus der Information über die Dresdner Entwicklung, die ein Vertreter der Gruppe der 20, die an jenem denkwürdigen Abend des 8. Oktober auf der Prager Straße ins Leben gerufen worden war, in der Leipziger Nikolaikirche übermittelt hat.

Dieses Datum kann heute – wie der 7. Oktober für Plauen und der 9. Oktober für Leipzig – zu Recht einen Ehrenplatz in der Chronik der Friedlichen Revolution und damit in der Geschichte dieser Stadt und unseres Landes für sich in Anspruch nehmen.

Die erfolgreichen Verhandlungen, die hier im Rathaus von den Vertretern der evangelischen Kirche, Landesbischof Hempel und Superintendent Ziemer, mit Oberbürgermeister Berghofer geführt worden sind, haben zum Dialog der Gruppe der 20 geführt.

Diesen Verhandlungen und den nachfolgenden Gesprächen der Gruppe der 20 ist es zuallererst zu verdanken, dass in den folgenden Wochen der Ruf „keine Gewalt“ den Ereignissen den Namen gegeben hat: „Friedliche Revolution“.

Er hat unter der Prämisse des Gewaltverzichtes als Friedliche Revolution, als „Revolution ohne Rache“ in die Geschichte des deutschen Volkes Eingang gefunden. Ein bis dahin in der deutschen Revolutionsgeschichte einmaliger Vorgang der wesentlich die Friedensverhandlungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges im Frühsommer positiv beeinflusst hat. Sie war Ausdruck einer hohen politischen Kultur, auf die wir Ostdeutschen sehr stolz sein dürfen.

Am 9. Oktober 1989 begann hier im Rathaus der Dialogprozess zwischen der Gruppe der 20 und der Stadtverwaltung, der von einer breiten Öffentlichkeit mitgetragen worden ist und als Vorbild für die gesamte DDR vielerorts übernommen wurde.

Die demokratischen Forderungen, mit denen die Gruppe der 20 in die Verhandlungen ging, waren von Anfang an ganz konkret.

Im Einzelnen forderte sie:

- Reisefreiheit,
- Pressefreiheit,
- Einführung eines Zivildienstes,
- Legalisierung des Neuen Forums,
- Offenen und gewaltfreien Dialog in der Gesellschaft,
- Wahlfreiheit, Recht auf friedliche Demonstrationen,
- Freilassung der politischen Gefangenen, besonders jene, die in den vorangegangenen Tagen in Dresden inhaftiert worden waren.

Ein Vergleich mit den Beschlüssen der Ökumenischen Versammlung macht deutlich, dass es nun nicht nur um Vorschläge sondern um politische Forderungen ging.

Damit hat zwischen dieser zufällig entstandenen Gruppe, die unter starkem Druck stand und noch wochenlang von der Staatssicherheit eingeschüchtert worden ist, und dem alten Machtapparat ein zähes Ringen und ungleiches Kräftemessen begonnen.

Die Gruppenmitglieder, die ihre Funktion von Anfang an in der Gestaltung der Übergangsphase bis zu den ersten freien Wahlen gesehen haben, wären ohne ihre Berater aus führenden Kirchenkreisen oft von ihrem Auftrag überfordert gewesen.

Sie hätten es aber auch schwerer gehabt ohne die Tageszeitung DIE UNION, die ihrem Wirken von der ersten Stunde an eine breite Öffentlichkeit gegeben hat und so zur „Stimme der Revolution“ geworden ist.

Ich verweise hier auf die Dokumentation von Hans Kromer „Die friedliche Revolution. Oktober 1989 bis März 1990“.

In der darauf folgenden Zeit ist den Vertretern des alten Machtapparates von der Gruppe der 20 als Forum der Bürgerbewegung, dem Neuen Forum, der SDP, dem Demokratischen Aufbruch und nicht zuletzt den Reformkräften innerhalb der SED ihr Handlungsspielraum von Woche zu Woche ein Stück mehr abgetrotzt worden.

Gleichzeitig gingen, Montag für Montag mit immer größeren Teilnehmerzahlen, die Demonstrationen und Kundgebungen weiter, die von der Gruppe der 20 in enger Kooperation mit dem Neuen Forum und allen anderen demokratischen Kräften organisiert worden sind.

Welch ein Wagnis diese Demonstrationen – zumindest in den ersten Wochen nach Bildung der Gruppe der 20 bedeutet haben – belegen die Planungen der Polizei.

So wurde seitens der Dresdner Bezirksbehörde der Volkspolizei am 13. Oktober 1989 einen Plan ausgearbeitet, wonach „große Gruppen von Störern“ in den Sportstadien und „kleinere Störungsgruppen“ im Volkspolizeikreisamt und in den Bahnhöfen inhaftiert werden sollten.

Über die Zusammensetzung der damaligen Opposition gibt ein Treffen der zu diesem Zeitpunkt bestehenden wichtigsten Gruppierungen Auskunft, das am 4. November 1989 im Kulturpalast stattgefunden hat.

Daran nahmen teil:

- die Gruppe der 20,
- der Demokratische Aufbruch,
- Demokratie Jetzt,
- die Initiative Demokratische Erneuerung,
- das Neue Forum,
- die Sozialdemokratische Partei,
- die Ökumenischen Friedenskreise sowie
- der Ökologische Friedenskreis der Dresdner Kirchenbezirke.

Den Höhepunkt der Dresdner Kundgebungen jenes denkwürdigen Herbstes bildete am 19. November die von Künstlern, allen voran den Mitgliedern des Staatsschauspiels, vorbereitete Großkundgebung auf dem Theaterplatz. Ein Aufruf für unser Land, von Christa Wolf und anderen von Berlin aus gestartet, zeigte keine Wirkung mehr.

Denn mit dem Herbst '89 geht zugleich auch die eigentliche Phase des Aufbruchs, die im doppelten Sinn dieses Wortes „protestantische“ Revolution ihrem Ende entgegen.

Am 9. November war die Berliner Mauer gefallen.

Mit der Besetzung der Bezirks- und Kreisverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit, inzwischen Amt für Nationale Sicherheit, setzte die DDR-Regierung alle Befehle und Weisungen außer Kraft, „die auf eine breite Überprüfung und Kontrolle von Personen abzielten“.

Die Herbsdemonstrationen haben ihre Fortsetzung gefunden.

Doch wie sich Anfang Oktober der Ruf „Wir wollen raus“ zum „Wir bleiben hier“ gewandelt hatte, war neben dem Motto „Wir sind das Volk“ in zunehmendem Maße der Ruf „Wir sind ein Volk“ auf Straßen und Plätzen zu hören.

Seitens der Forschung ist – ganz gewiss nicht zu Unrecht – vor diesem Hintergrund von einer national-föderativen Wende der Friedlichen Revolution Ende November 1989 gesprochen und geschrieben worden.

Das Streben nach deutscher Einheit und Marktwirtschaft wurde beim Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl in Dresden am 19. und 20. Dezember 1989 ganz besonders deutlich.

Zehntausende Dresdner jubelten ihm an der Ruine der Frauenkirche als einer Persönlichkeit zu, mit dem sich die Hoffnung auf ein wiedervereinigtes Deutschland wie mit keinem anderen Politiker verbunden und letztendlich auch erfüllt hat.

Und Kohls begeisterter Empfang vor der Ruine der Frauenkirche durch die Dresdner Bevölkerung verfestigte in der Bundesrepublik dann auch sehr schnell die Meinung, dass auf dem Wege zur Deutschen Einheit nunmehr konkrete Schritte zu gehen waren. Ich erinnere hier an das Zehn-Punkte-Programm.

In Dresden wurde der eigenständige Weg zur Demokratie unterdessen sowohl auf kommunaler wie auch auf Bezirksebene intensiv und mit bemerkenswerten Ergebnissen fortgesetzt.

Und wiederum, denken wir an die Rathausgespräche zurück, war dieses Rathaus der Dreh- und Angelpunkte einer Geschichte, auf die wir als Dresdner heute mit Stolz zurückblicken können.

Hier bauten die Gruppe der 20 und ihre Berater durch die Gründung Zeitweiliger Arbeitsgruppen der Stadtverordnetenversammlung die Grundlagen einer demokratischen Kommunalpolitik in Dresden auf.

Die Einbeziehung der Bürgerbewegung in den politischen Entscheidungsprozeß ist in Dresden über die Einrichtung einer Basisdemokratischen Fraktion von 30 Vertretern aus der Bürgerbewegung erfolgt.

Damit wurde von der Bürgerbewegung der so genannte Dresdner Weg eingeschlagen, über den sich die wichtigsten neuen Gruppen – allen voran das Neue Forum – vor allem legitimiert haben.

Dieses Dresdner Modell war von Anfang an auf Dialog, Verständigung und Kompromissbereitschaft mit reformbereiten Politikern in der SED ausgerichtet.

Zugleich ist es auf diesem Wege gelungen, die Stadtverwaltung arbeitsfähig zu erhalten und damit ein Machtvakuum auf kommunaler Ebene zu verhindern.

Analog dazu ist diese Verfahrensweise der Bildung einer Basisdemokratischen Fraktion übrigens auch auf der Ebene des Bezirkstages umgesetzt worden, in dessen Präsidium der Runde Tisch des Bezirkes Dresden vertreten war.

In Dresden trat der Runde Tisch des Bezirkes am 15. Dezember 1989 zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Die Runden Tische – die der zweiten Phase der Friedlichen Revolution ihre Prägung und ihre Programmatik gegeben haben – sind in einem geschichtlich beispiellosen Akt aus den basisdemokratischen Wurzeln heraus geboren worden.

Sie haben in der Folge, legitimiert durch den Willen des Volkes, vielfach legislative und administrative Aufgaben mit hohem Verantwortungsbewusstsein übernommen.

Sie sind – als die einzige Alternative für das Gelingen der Friedlichen Revolution – zu Hoffnungsträgern der Menschen guten Willens in unserem Land geworden und die Kinderstuben für das Einüben demokratischer Spielregeln und Umgangsweisen mit politisch Andersdenkenden gewesen.

Als die Gruppen und Parteien an den Runden Tischen Verständigung suchten, um den Demokratisierungsprozess unumkehrbar zu machen, fiel auch Dresden mit der Arbeit seines Runden Tisches eine entscheidende und beispielgebende Rolle zu.

An der Seite der Runden Tische der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt stand er für den Beginn eines Prozesses, in dessen Verlauf die Forderungen der Menschen, die auf der Straße Reformen und Demokratie eingefordert hatten, aufgenommen und letztendlich erfüllt worden sind.

Er stand für das Gelingen der Friedlichen Revolution und hat die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Friedliche Revolution mit friedlichen Mitteln weitergeführt werden konnte.

Denn das Grundanliegen war auch hier der Wille aller Beteiligten, einen Konsens zu erreichen.

Als einem der Moderatoren des Runden Tisches des Bezirkes Dresden ist es mir persönlich vergönnt gewesen, in einem Klima politische Verantwortung übernehmen zu können, das heutzutage nur noch schwer zu vermitteln ist.

In dieser zweiten Phase der Friedlichen Revolution, die mit den ersten und letzten freien Wahlen auf dem Boden der DDR am 18. März 1990 zu Ende gegangen ist, sind dann bereits die Weichen für die Bildung des Freistaates Sachsen gestellt worden.

In Sachsen hat der Wille des Runden Tisches Dresden, das Land Sachsen durch seine neuen politischen Kräfte vorzubereiten, mit der Arbeit des Sächsischen Forums und des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen noch vor den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 seinen krönenden Abschluss gefunden.

Die Basisdemokratie hat die von ihr selbst übernommene Verantwortung an die demokratisch gewählten Vertreter des wiedererstandenen Freistaats Sachsen in Art eines Staffeltabes übergeben.

Ich müsste die Uhr meiner bisherigen Redezeit zurückstellen, wenn ich auch dieses Kapitel unserer jüngsten sächsischen Geschichte rückblickend würdigen wollte.

An diesem Kapitel der Wiedergeburt des Landes Sachsen haben eine ganze Reihe von Dresdner Bürgerinnen und Bürgern mitgeschrieben.

Sie haben 1990 den Weg in die Politik gefunden und sich auf dem Wege der Entwicklung der sächsischen Demokratie und beim Aufbau Sachsens bleibende Verdienste erworben.

Auch wenn ich es bewusst vermieden habe, einige Namen der damaligen Akteure vor anderen hervorzuheben, so hoffe ich doch, dass ich mit dieser knappen Skizzierung einige wichtige Stichworte und Fakten in die Erinnerung zurückgerufen habe, über die es sich heute und auch in Zukunft weiter nachzudenken lohnt. Ich verweise auch auf die ausgezeichneten Dokumentationen des Hannah-Arendt-

Institutes, insbesondere „Die Gruppe der 20“ von Dr. Michael Richter und Erich Sobeslavsky.

Im Laufe meiner Amtszeit als Präsident des Sächsischen Landtags hatte ich oftmals Gelegenheit, in ähnlicher Weise wie heute Rückschau zu halten und ich tue das heute in dieser Eigenschaft möglicherweise ein letztes Mal.

Dabei habe ich immer wieder meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, dass mit der Neubegründung des Parlamentarismus in Sachsen nach sechs Jahrzehnten nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft die historisch höchstmögliche Zielsetzung der Friedlichen Revolution erreicht worden ist.

Sachsen als Verfassungsstaat zählte nicht zu den ursprünglichen Forderungen, wie sie in Dresden von der Gruppe der 20 formuliert worden sind. Aber sie waren bildhafter Ausdruck der Demonstranten, die mutig schon im Oktober die weiß-grünen Fahnen mit sich führten.

Die Erfüllung der Forderung nach Wiedererrichtung des Landes Sachsen und einer freiheitlichen Demokratie war der einzig mögliche und der einzig richtige Weg, um diese Hoffnung zu erfüllen und damit den nachfolgenden Generationen bestehen zu können.

Mit dem Ländereinführungsgesetz vom 29. August 1990, der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und der Konstituierung des Sächsischen Landtages am 27. Oktober 1990 haben sich diese Hoffnungen und Forderung erfüllt.

Die Friedliche Revolution hat uns die Demokratie gebracht, die es auszugestalten und weiterzuentwickeln gilt und die als ein wertvolles Gut heute und in Zukunft bewahrt und geschützt werden muss.

Dieser Gestaltungswille, mit dem auch Sie in Wahrnehmung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Ihr Mandat angenommen haben, wird sich aber nur dann in den Widerständen der Wirklichkeit bewähren können, wenn wir es nicht versäumen, die fruchtbaren Impulse unserer Vergangenheit weiterzutragen.

Es ist gerade nach 20 Jahren, in denen eine ganze neue Generation herangewachsen ist, ein Gebot der Stunde, jene Kräfte in uns lebendig zu halten und der nachfolgenden Generation mit auf den Weg zu geben, die in unseren eigenen Biografien auf Veränderung und Entfaltung gerichtet waren.

Auch 20 Jahre danach sollte sich jeder von uns mit den Ansprüchen und Taten, den Träumen und Zukunftsvisionen jener, die den historischen Aufbruch von 1989 wesentlich inspiriert und mitgetragen haben, identifizieren können.

Wir finden eben darin jenen Mut zur Zukunft und jenen Willen zur Veränderung und zur Verantwortung, der heute ebenso dringend notwendig ist.

Ich hoffe daher, dass es in den kommenden Monaten gelingen möge, anlässlich von Veranstaltungen in den Kommunen und Kirchen, in Kultureinrichtungen und Vereinen vor allem recht vielen jungen Menschen dafür die Augen zu öffnen, dass ein Leben in Freiheit und Demokratie niemals und nirgendwo eine Selbstverständlichkeit ist.

Es darf niemals in Vergessenheit geraten, dass es die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit ihrem Mut und ihrer Beharrlichkeit, ihrer Kraft und ihrem Freiheitswillen die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass wir heute in Recht und in Freiheit leben können.

Dieser Gedanke sollte auch Sie persönlich begleiten und Ihnen Ermutigung sein, wenn Sie in diesen Räumen in Zukunft Entscheidungen zum Wohle dieser Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger und zum weiteren Gedeihen unseres Landes treffen werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer 1. Stadtratssitzung der neuen Legislaturperiode ein gutes Gelingen und Ihnen allen für Ihre politische und berufliche Wirksamkeit weiterhin recht viel Erfolg und Gottes Segen.

Ich danke Ihnen.